

see BK
mit der Bille see
Erledigung. 25.2.74

**SCHWEIZERISCHE BANKIERVEREINIGUNG
ASSOCIATION SUISSE DES BANQUIERS
ASSOCIAZIONE SVIZZERA DEI BANCHIERI**

Sekretariat
Basel, Aeschenvorstadt 4
Telephon (061) 23 58 88
Telex 63 248

Basel, 20. Februar 1974

Telegramm-Adresse
«ASSOCIATIO» BASEL

Briefadresse
Postfach 1155, 4002 Basel

1610-1

An den h. Bundesrat
Bundeshaus
3000 Bern

An das Direktorium
der Schweizerischen
Nationalbank
8022 Zürich / 3001 Bern

Kapital- und Kreditversorgung unseres Landes

Hochgeachteter Herr Bundespräsident,
Hochgeachtete Herren Bundesräte,
Sehr geehrte Herren,

Das Gleichgewicht unserer Geldwirtschaft ist in beunruhigender Weise gestört. Die zunehmende Knappheit an Mitteln droht die Kapital- und Kreditversorgung unseres Landes zu gefährden. Unsere Vereinigung, die diese Entwicklung seit einiger Zeit mit Besorgnis verfolgt, fühlt sich heute verpflichtet, Landesregierung und Notenbank als die für die Geld- und Kreditpolitik zuständigen Behörden auf die sich abzeichnenden Gefahren aufmerksam zu machen.

Die Schweiz hatte im internationalen Vergleich seit Jahren das wohl tiefste Zinsniveau. Dieses niedrige Zinsniveau, über dessen Bedeutung für unsere Binnen- wie Aussenwirtschaft wir uns bewusst sind, beruhte auf einer Reihe von Voraussetzungen, die in letzter Zeit verloren gingen: auf der durch die Inflationsmentalität bedrohten Sparfreudigkeit der Schweizer, auf der durch die staatlichen Restriktionen geschwächten Anziehungskraft des Finanz-

Herrn Bundespräsident E. Brugger

- 2 -

platzes Schweiz und vor allem auf der Stabilität des Frankens. Die Preissteigerungen beliefen sich, gemessen am Index der Konsumentenpreise, in den 50er Jahren auf durchschnittlich 1,4 % und in den 60er Jahren auf 3,3 %. Seither erreichte, ja übertraf unser Land mit einem Kaufkraftverlust von jährlich rund 12 % die Inflationsrate anderer Industriestaaten. Während aber weltweit das Zinsniveau den Inflationsraten folgte, betrieb die Schweiz mit teils massiven staatlichen Interventionen eine Niedrigzinspolitik, die das Gefälle sowohl zur Inflationsrate wie auch zur Zinsentwicklung im Ausland ständig vergrösserte und sich damit immer mehr in Widerspruch zum Markt setzte.

Angelpunkt dieser Niedrigzinspolitik ist der Versuch des Beauftragten für die Ueberwachung der Preise, Löhne und Gewinne, die Hypothekarzinsätze ohne Rücksicht auf die Entwicklungen auf dem Geld- und Kapitalmarkt einzufrieren. Unter konjunkturpolitischen Aspekten ist hinter diese Politik ein Fragezeichen zu setzen. Sie begünstigt die inflationsfördernde Flucht in die Sachwerte, während umgekehrt eine Zinssteigerung geeignet wäre, die Sparkapitalbildung zu fördern und über die Dämpfung der Investitionstätigkeit die überhitzte Konjunktur abzukühlen. Wir sind uns aber bewusst, dass dieser Weg zunächst über eine Erhöhung der Mieten wie der Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse führen würde. Da diese zwei Preisgruppen bei der Berechnung des Indexes der Konsumentenpreise stark ins Gewicht fallen, könnte dies zu einem gewissen Indexauftrieb führen. Mehr Besorgnis als die an sich unerwünschte Erhöhung des Konsumentenpreis-Indexes - der übrigens vielfach falsch angewandt wird - muss heute aber die Tatsache erregen, dass die staatliche Hypothekarzinspolitik nicht nur zu einem allmählichen Austrocknen unseres bisher so leistungsfähigen Hypothekarmarkts führt, sondern diesen längerfristig gesehen ernsthaft gefährdet. Auch von daher drohen vor allem der Wohnwirtschaft, die seit kurzem deutliche Sättigungserscheinungen zeigt, ernste Schäden.

Die künstliche Tiefhaltung der Hypothekarzinsätze auf einem nicht marktkonformen Niveau bewirkt aber nicht bloss eine isolierte Gefährdung des Hypothekarmarktes. Sie bedingt eine

- 3 -

Reihe anderer nicht marktkonformer Zinssätze. In vorderster Linie sind hier der Sparheftsatz, der direkt vom Hypothekarsatz abhängt, sowie der von der Notenbank mitbestimmte Satz für Kassaobligationen zu nennen. Die Konsequenzen sind weitreichend. Der Spargeldzuwachs beginnt sich bei den Banken in beunruhigender Weise zu verlangsamen. Die fällig werdenden Kassaobligationen - es dürfte sich in diesem Jahr um rund 4 Milliarden Franken handeln - lassen sich zu den gegenwärtigen Bedingungen nicht konvertieren. Die Anleihen werden trotz Streichungen im Emissionsprogramm und Kürzungen der Beträge nicht voll gezeichnet, wenn die Anpassung der Konditionen an die Marktlage zu zögernd vorgenommen wird. Sparer und Anleger neigen bei zunehmendem Inflationsbewusstsein immer mehr dazu, teils zu konsumieren, teils auf graue Märkte oder den Euromarkt auszuweichen, statt ihre Mittel zu offensichtlich nicht mehr marktkonformen Bedingungen der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Diesem Phänomen steht ein wachsender Kredit- und Kapitalhunger der öffentlichen Hand wie der privaten Wirtschaft gegenüber, verursacht bei der einen durch eine allzu bedenkenlose Defizitwirtschaft, bei der andern durch massiv gestiegene Lohn- und Materialkosten.

Dass ungeachtet dieser Schwierigkeiten die Liquidität der Geldwirtschaft durch Restriktionen, die unter ganz andern Verhältnissen gestützt auf den Kredit- oder Währungsbeschluss verfügt worden waren, weiterhin künstlich verknappt wird, wird immer unverständlicher. Diese Massnahmen verschärfen nicht nur den Engpass am Geld- und Kapitalmarkt. Sie stehen auch im offenen Widerspruch zu den vom Preisüberwacher mit seinen Eingriffen verfolgten Zielen.

Soll eine ernste und dauernde Gefährdung der Kapital- und Kreditversorgung unseres Landes vermieden werden, so muss u.E. die behördliche Geld- und Kreditpolitik korrigiert werden. Bei raschem und entschlossenem Handeln sind möglicherweise heute die folgenden geringen Korrekturen noch ausreichend.

- a) Die dringlichste Sofortmassnahme erblicken wir in der Freigabe der noch von der Nationalbank einbehaltenen Mindestgut-

haben. Mit diesem Entscheid liesse sich der schlimmste Engpass in der Mittelversorgung der Banken mindestens einstweilen etwas mildern.

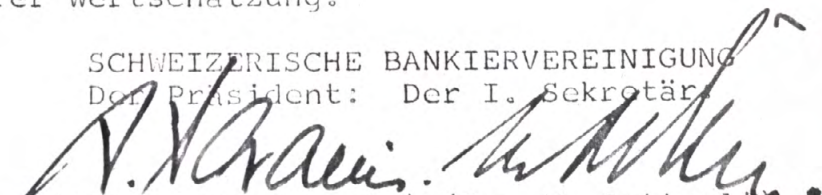
- b) Eine gewisse Entlastung durch ausländische Mittel wäre heute erwünscht. Sie lässt sich aber, wie die Lage nach der Aufhebung des Anlageverbotes zeigt, kaum kurzfristig erreichen. Die scharfen währungspolitischen Restriktionen fügten der Schweiz als Finanzplatz leider mehr Schaden zu, als vielerorts geglaubt wurde. Umso wichtiger ist es, die noch bestehenden, eindeutig überholten Massnahmen zur Abwehr ausländischer Gelder - dss Verzinsungsverbot und die restriktive Ausländerquote bei der Zuteilung von "notes" - aufzuheben, da dies es den Banken erleichtern könnte, das Vertrauen der internationalen Kundschaft zurückzugewinnen.
- c) Aus grundsätzlicher Sicht muss vor allem eine von Realismus getragene Anpassung des Zinsniveaus an die Marktkräfte angestrebt werden. Dies bedeutet konkret, dass zunächst die Sätze der Kassaobligationen angehoben, möglichst bald aber auch die Hypothekarzinspolitik des Ueberwachers der Preise, Löhne und Gewinne revidiert werden.

Unsere Vereinigung ist gerne bereit, die in diesem Schreiben aufgezeigten Sorgen um die Kredit- und Kapitalversorgung unseres Landes, mit denen sich - so fürchten wir - die Landesregierung in naher Zukunft sehr ernsthaft auseinanderzusetzen haben wird, in einem Gespräch ausführlicher darzulegen. Das Direktorium der Nationalbank dürfen wir bitten, die Verhandlungsdelegation unserer Vereinigung möglichst bald zu einer weiteren Aussprache über unsere dringlichsten Postulate auf Freigabe der Mindestguthaben, Anpassung der Zinsen der Kassaobligationen und Aufhebung der restlichen Massnahmen gegen Auslandsgelder einzuladen.

Wir danken Ihnen, hochgeachteter Herr Bundespräsident, hochgeachtete Herren Bundesräte, sehr geehrte Herren, für die Aufmerksamkeit, die Sie unsern Ueberlegungen entgegenbringen, und versichern Sie unserer Wertschätzung.

SCHWEIZERISCHE BANKIERVEREINIGUNG

Der Präsident: Der I. Sekretär


(Alfred E. Sarasin) (Dr. M. Oetterli)